

AL Info²/₁₅

- 3 Der Liedermacher Thomas Neumeyer alias Bastler, der für die AL gesungen und kandidiert hat, im Gespräch mit Corin Schäfli.
- 4 Wie Freiräume sinnvoll genutzt werden, am Beispiel der Hardturm-Brache in Zürich.
- 8 Die AL-Vollversammlung hat Stimmfreigabe bei der Vorlage zur Präimplantationsdiagnostik beschlossen. Zwei Positionen in der Kontroverse.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

Sensationelles Ergebnis für die AL und Markus Bischoff

Die Alternative Liste hat bei den Gesamterneuerungswahlen am 12. April 2015 ein Glanzresultat erzielt. 8 533 Wählerinnen und Wähler im ganzen Kanton Zürich haben die Liste 10 der AL eingeworfen. 2.98% Wahlanteil bedeuten zwei zusätzliche Sitze im Kantonsrat.

Die AL macht einen Sprung nach vorn und kann mit fünf Sitzen im Kantonsrat eine eigene Fraktion bilden. Bestätigt wurden die drei Bisherigen Markus Bischoff, Judith Stofer und Kaspar Bütikofer. Mit der Wahl von Laura Huonker und Manuel Sahli wird ein weiteres Ziel der Partei, mehr Junge und mehr Frauen ins Parlament zu bringen, klar erreicht.

Markus Bischoff hat Pfupf bewiesen

Die AL konnte an den diesjährigen Kantonsratswahlen weit über die Stadt hinaus Stimmen mobilisieren. Dies nicht zuletzt auch dank der Regierungsratskandidatur von Markus Bischoff. Er hat in einem beherzten Wahlkampf und unzähligen öffentlichen Auftritten viele Stimmen für die AL gewinnen können. Mit 67 103 Stimmen erreicht er ein sensationelles Ergebnis im bürgerlich dominierten Kanton Zürich.

kantonAL – überall: eine Erfolgsgeschichte

Grundvoraussetzung für diesen Erfolg waren die 170 Kandidatinnen und Kandidaten, die in allen Bezirken des Kantons für die AL angetreten sind. Wir haben erreicht, dass viele von ihnen in ihrem persönlichen Umfeld mobilisiert haben. Ein Höhepunkt der Mobilisierung

war die erfolgreiche Crowdfunding-Kampagne auf wemakeit.ch, bei der diverse Personen 30 Tage lang Belohnungen für die Spendernnen und Spender zur Verfügung gestellt haben. Wir konnten damit über 20 000 Franken zusammentragen und 140 Unterstützerinnen und Unterstützer, auch solche ausserhalb der treuen Spenderbasis, ansprechen. Zudem haben wir auf der Webseite, auf Facebook und Twitter die mit Abstand aktivste Online-Kampagne aller Parteien geführt; zeitweise erzielten wir eine Reichweite von über 100 000 Personen. Mit unseren sieben «Meh Pfupf»-Wahlblogs und drei Veranstaltungen (siehe Seite 2) konnten wir dem sonst überaus flauen Wahlkampf ein wenig inhaltlich-thematischen Schub geben. Insgesamt haben wir im ganzen Kanton rund 370 000 Flyer verteilt, gut die Hälfte davon über gemeinsame Wahlversände der Parteien, den Rest haben Aktivistinnen und Aktivisten in die Briefkästen gesteckt und an mehr als 50 Standaktio-



Die neue AL-Kantonsratsfraktion: Kaspar Bütikofer, Judith Stofer, Laura Huonker, Manuel Sahli, Markus Bischoff. (vlnr)

nen im März und April abgegeben. Wichtig für den Erfolg: wir haben bis zum letzten Tag mobilisiert.

Der Vorstand und das Wahlkampfteam bedanken sich herzlich bei den unzähligen Helferinnen und Helfern, Spenderinnen und Spendern, die die AL-Wahlkampagne aktiv unterstützt haben. Dank ihnen konnten wir einen lustvollen, farbigen und engagierten Wahlkampf führen. Nach der Wahl ist vor der Wahl: wir bleiben dran, ein alternativer Nationalratssitz ist nach diesem Erfolg ein realistisches Ziel geworden.

Isabel Maiorano

Parolen

Abstimmungen vom 14. Juni 2015.

BUND

Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich

STIMMFREIGABE

Stipendieninitiative **JA**

Erbschaftssteuerreform **JA**

Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen **JA**

KANTON ZÜRICH

Obligatorisches Referendum für Gebühren **NEIN**

Gemeindegesetz **NEIN**

Initiative «Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylbewerber und Personen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus» **NEIN**

STADT ZÜRICH

Wohnsiedlung Hornbach, Objektkredit von 100,7 Millionen Franken **JA**

Initiative für sichere und durchgängige Velorouten **JA**
Gegenvorschlag **Stimmfreigabe Initiative**

Zürich im Landesmuseum, permanente Ausstellung über Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit von 1,76 Millionen Franken und jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge von 300 000 Franken für die Jahre 2016–2019 **NEIN**

Kauf der Liegenschaft Florhofgasse 6 für die Musikschule Konservatorium Zürich und bauliche Sofortmassnahmen, Objektkredit von 33,6 Millionen Franken **JA**

Impressum

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch

Sekretariat Dayana Mordasini

Molkenstr. 21, 8004 Zürich

sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45

IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex.,

Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Dayana Mordasini

Redaktion Richi Blättler, Dayana Mordasini, Corinne Schäfli, Niklaus Scherr.

AL-Wahlkampf-Debatten zu Polizei, Medien & Banken

Kantonale Wahlen können zum Gähnen langweilig sein. Nicht bei der AL. Statt mit seichter Personalisierung konnten wir mit Veranstaltungen zu spannenden und kontroversen Themen punkten.

Den Auftakt machte die AL Bezirk Horgen mit einem hochkarätigen Podium zu «Grundrechte unter Druck» in Adliswil (s. Seite 6).

Am 13. März 2015 kreuzten in der Roten Fabrik AL-Polizeivorsteher Richi Wolff, AL-Gemeinderat Andreas Kirstein, Anwalt und Menschenrechtler Viktor Györfy sowie die Berner Politikerin Leena Schmitter die Klingen zum Thema «Welche Polizei hätten wir gerne aus linker Sicht?» In der von WoZ-Redaktor Carlos Hanimann moderierten Diskussion wurde mit kritischen Einwüfen aus dem Publikum das «racial profiling» debattiert, die gezielt-diskriminierenden Polizei-Kontrollen bei «ausländisch aussehenden» Personen. Diskutiert wurde die Idee, den Kontrollierten eine Quittung abzugeben, damit sie wiederholte Kontrollen belegen und sich gegen Polizeiwillkür zur Wehr setzen können. Kontrovers erörtert wurde der Vorschlag einer unabhängigen Beschwerdestelle gegen polizeiliche Übergriffe.

Am 28. März zeigte die AL im Xenix den Film «Die Übernahme» zum Blocher-Putsch bei der Basler Zeitung. Er doku-

mentiert eindrücklich das Versteckspiel um den wahren BaZ-Eigentümer Blocher, den Fertigmacher-Journalismus von Somm & Co. und die Ohnmachtsgefühle der lokalen Bevölkerung, die einem Monopolblatt in den Händen der Rechtspopulisten ausgeliefert ist. Am 30. März modellierte Gemeinderat Niggi Scherr ein informatives Podium zu Wikileaks und Swissleaks mit AL-Kantonsratskandidat Ruedi Elmer, Ex-Kadern Bank Julius Bär und Whistleblower, und Oliver Zihlmann, Leiter Recherchedesk Sonntagszeitung (Swissleaks). Aus Paris über Skype zugeschaltet nahm auch Stéphanie Gibaud teil, Ex-Angestellte von UBS France und Kronzeugin im anstehenden UBS-Prozess wegen Geldwäscherei, unerlaubter Kundenanwerbung und Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Elmer und Gibaud legten eindrücklich Zeugnis ab, was einem Aussteiger widerfährt, wenn er sich mit seinem Arbeitgeber anlegt. Fazit der Diskussion: Die Bank-Whistleblower haben endlich Licht ins Dunkel der Offshore-Hinterziehungssoasen gebracht. Und mit dem Automatischen Informationsaustausch kommen wir einen wichtigen Schritt vorwärts. Doch bereits sind findige Anwälte und Treuhänder auf der Suche nach neuen Umwegsmöglichkeiten.

Richard Blättler

NEIN zum Zil!

Die AL hat das Behördenreferendum ergriffen und sagt am 14. Juni 2015 deutlich NEIN zu einer finanzpolitisch falschen und kulturpolitisch verfehlten Vorlage mit Ausgaben von 2 Millionen Franken für Zürich im Landesmuseum.

Städtische Initiative unterschreiben!

Freier 6i-Lüfte-Platz

Die Initiative will, dass der Sechseläutenplatz als alltäglicher Aufenthalts- und Begegnungsort für alle während 300 Tagen im Jahr frei zugänglich ist. Bitte die beigelegte Karte unterschreiben und gleich zurück schicken.



Jan Bastler im Gespräch



Jan Bastler, Liedermacher des Duos «Bastler & Grautier» hat am AL-Benefizessen mit schweizer-deutschen Songs unterhalten. Aus politischer Überzeugung?

Du bist Liedermacher. Hast du auch einen richtigen Beruf?

Ja. Ich habe einfach alles studiert, was mit G anfängt. Germanistik, Geographie und Geschichte. Dann habe ich festgestellt, dass es in diesen Bereichen gar keine Jobs gibt. Ich habe für verschiedene Stellen gearbeitet, meistens in NGOs und zum Thema Umwelt. Heute arbeite ich in der Kommunikation bei der Gesundheitsförderung Kanton Zürich. Für Sprache und Sprachverdrehungen habe ich mich schon immer interessiert.

Wie bist du zur Musik gekommen?

Als ich klein war, schrieb ich unter Hobbies einmal «laut sein» in das Poesie-Album einer Freundin. Später wollte mich meine Mutter in den Blockflötenunterricht stecken, aber ich habe dagegen rebelliert. So habe ich erst mit 18 angefangen, Gitarre zu spielen, um mich selbst begleiten zu können. Mit ungefähr 20 begann ich, selbst Lieder zu schreiben. Zuerst waren sie englisch und irgendwie peinlich, aber mittlerweile sind sie deutsch und besser.

Erzähl von deiner 2-Mann Band.

Den Namen Bastler hatte ich mit meiner ersten Band. Jetzt spiele ich seit zwei Jahren mit dem Grautier zusammen. Er hat das musikalische Spektrum erweitert und seither arbeiten wir auch daran, Lieder und Bühnenperformance zu einem grösseren Ganzen zusammenzufügen, so dass es mehr in Richtung Kleinkunst geht.

Verdient ihr Geld mit eurer Musik?

Wir verdienen enorm wenig Geld damit, aber ich glaube, Reichtum und Weltherrschaft sind nicht mehr weit. Schliesslich sind wir beide schon je einmal auf der Strasse erkannt worden. Zum Thema Weltherrschaft haben wir sogar ein Lied geschrieben. Der Plan

wird aber wohl daran scheitern, dass wir ihn im Lied ausplaudern.

Welches politische Thema bringt dich am schnellsten auf 180?

Mich nervt das Selbstverständnis vieler Leute in der Schweiz, die das Gefühl haben, dass der Wohlstand, den wir hier haben, irgendwie ihr persönliches, gerechtes Verdienst sei. Ich habe zum Beispiel im Studium ein paar Leute gekannt, die gesagt haben: «Immigranten kommen hierher und profitieren von dem, was wir hier aufgebaut haben.» Ich dachte mir dann immer: «Du bist 25 und hast bisher noch nichts getan, ausser von unserem Schulsystem profitiert. Inwiefern hast du mehr Recht als jeder andere, hier zu sein?» Ich finde nicht, dass wir uns dafür entschuldigen müssen, dass es uns hier so gut geht, aber wir sollten ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass wir erstens einfach saumässig Glück haben und dass dieses Glück zweitens auf extrem viel Ungerechtigkeit basiert. Ich finde, dass das Glück, in der Schweiz geboren zu sein, eine moralische Verpflichtung mit sich bringt, daran zu arbeiten, dass alles ein wenig gerechter wird – Tschäbämm...

Viele eurer Lieder haben eine politische Komponente. Du hast gratis am Benefizessen der AL und an der Aktion «Bewanderte Schweiz» gespielt. Bist du ein hauptsächlich politisch motivierter Musiker?

Ehrlich gesagt ist meine Hauptmotivation, dass ich unterhalten will. Aber es hat sich herausgestellt, dass es oft einfacher ist, witzig zu sein, wenn man über ein Thema singt, das eine gewisse Brisanz hat. Der positive Effekt davon ist, dass man so einen neuen Blickwinkel öffnen kann. Man lacht zwar darüber, aber es gibt in der Regel auch einen Denkanstoss. Es ist aber nicht unbedingt so, dass wir aus politischer Motivation lustige Lieder schreiben, sondern eher, dass sich politische Themen einfach besonders gut für lustig-böse Lieder eignen.

Eines eurer Lieder ist nach dem Zürcher Stadtmotto «Erlaubt ist was nicht stört» benannt...

Was er darauf antwortet und noch mehr nachzulesen auf al-zh.ch

Interview: Corin Schäfli

AL Buchtipp

Laura Huonker empfiehlt:



Viktor E. Frankl: ...trotzdem Ja zum Leben sagen. Kösel Verlag, München. ISBN: 978-3-466-36859-4. Vor 70 Jahren wurde das Konzentrationslager Buchenwald befreit.

Ein Häftling unter vielen, Viktor E. Frankl, setzt nach seiner Befreiung in wenigen Stunden um, wovon er während seiner Jahre im Lager träumt: konkret beschreiben, was er erlebt hat. Kein Tatsachenbericht. Keine Anklage. Nicht Opfer. «Wir haben den Menschen kennengelernt wie vielleicht bisher noch keine Generation. Was also ist der Mensch? Er ist das Wesen, das immer entscheidet, was es ist. Er ist das Wesen, das die Gaskammer erfunden hat, aber zugleich ist er auch das Wesen, das in die Gaskammer gegangen ist, aufrecht und ein Gebet auf den Lippen» «Ein Meisterwerk psychologischer Beobachtung und ein Zeugnis grosser Menschlichkeit», so der Klappentext, «das auch heute alle, die sinnlos leiden müssen, aufzurichten vermag.»



Lars Gustafsson: Erzählungen von glücklichen Menschen. Hanser Verlag München. ISBN: 978-3-446-23550-2.

«Von einem bestimmten Grad der Komplikationen an, sagen wir, wenn eine Nadel in einem Heuhaufen verlorengegangen ist, oder ein Kind in einer allzu grossen Landschaft, gibt es nicht mehr die Möglichkeit zu suchen. Wir müssen finden, blind im Dunkel.» So der Autor zu seinen Erzählungen über die Suche nach dem persönlichen Glück. Die Glücksmomente der Hauptfiguren sind keine Feuerwerke, sondern intime Empfindungen, die sich labyrinthisch einstellen. Biografien wachsen auf dem Arbeitsweg, im Verlangen, endlich das Boot zu kaufen, weil ein plötzlicher Wunsch auf die Strasse treiben kann oder der Geruch von Pilzen den Glauben an die Welt festigt. Erzählungen, die im 20. Jahrhundert spazieren gehen und Gedanken mäandrieren in denkenden und fühlenden Wesen: «Das war ein wichtiges Geräusch. Es bedeutete, dass die Lampen angezündet werden würden und dass die Atmosphäre im Zimmer sich verändern würde.»

Lebensräume sollten wieder wachsen dürfen

Lorenz (Lolo) De Vallier ist «Brachenwart» auf dem Areal des ehemaligen und mutmasslich künftigen Hardturmstadions. Obwohl er weiss, dass es sich bei dem vielfältig genutzten Freiraum um eine Zwischennutzung handelt, pflanzt er ständig Bäume.

Nachdem die Stadt 2010 die 5.5 Hektaren Brachland in Zürich West der CS abgekauft hatte, blieb dieses vorerst weitgehend ungenutzt. Nach Verhandlungen mit der Liegenschaftenverwaltung der Stadt wurde das Gelände dem «Verein Stadion-Brache» zur «Gebrauchsleihe» überlassen. Seither muss man nicht mehr über den Zaun steigen, um den riesigen Freiraum zu betreten, und ein vielfältiger Lebensraum begann zu wachsen.

Lorenz De Vallier, gelernter Schreiner, ist der «Brachenwart». Seine Arbeit ist vielfältig, vom Kloputzen bis zu kreativer Öffentlichkeitsarbeit. Seine Hauptaufgaben sind die Pflege der Infrastruktur, die Landschaftsgestaltung und nicht zuletzt die sozialen Kontakte, denn pro Tag besuchen im Schnitt ca. 100 Leute die Brache. Lolo empfängt und instruiert sie und koordiniert die verschiedenen Aktivitäten, die von Sitzungen, Festen und Mittagstischen bis hin zum Kunst- und Theaterfestival reichen. Jedes feste Projekt auf der Brache hat seinen eigenen selbstorganisierten Verein, der «Verein Stadion Brache» koordiniert das Ganze. Inzwischen stehen auf dem Gelände zwei selbstgebaute Pizza-Öfen, ein Skaterpool, ein Boulderwürfel und der Stadiongarten. Es gibt ausserdem einen Spielplatz, einen Teich und einen Pavillon aus Velorädern. In der Material-Hütte gibt es sogar Solarstrom, produziert mit einer selbstgebauten Anlage. Als nächstes wird eine Brachen-Spielgruppe entstehen, ein Hühnerstall steht zur Diskussion und wer weiss, vielleicht wird bald der Letzibach ausgegraben und als Wasserversorgung durch die Brache geleitet.

Ich habe Lolo bei Sturm und Regen beim Mittagstisch in der Brache zu einem Gespräch getroffen.

Was macht ein Brachenwart?

Am Anfang wollte der Verein nichts anderes, als einfach das Gelände zu öffnen und möglichst wenig voraus zu planen. Es sollte ein Freiraum sein für Kreativität. Wir wollen eine möglichst bunte Mischung von Menschen anziehen. Die

Brache befindet sich stetig in Entwicklung. Hier funktioniert nichts problemorientiert; es werden keine endgültigen Lösungen gesucht, sondern Prozesse in Gang gesetzt und dann eventuell wieder umgeleitet. Die Brache ist ein Lernfeld. Ich sehe sie als einen ganzheitlichen Raum, wo wir unsere Freizeit verbringen, uns ernähren und unsere Bildung beziehen, nach den Grundsätzen der Permakultur. Das Besondere an meinem Beruf: ich habe jeden Monat den gleichen Lohn, aber kein Pflichtenheft. Das ist beinahe wie beim Grundeinkommen: Man bekommt Geld, aber es ist nicht an Bedingungen gebunden. Ich arbeite selbstbestimmt und leistungs-dekonditioniert. Ich mache, was in meinen Augen Sinn macht.

Warst du von Anfang an dabei?

Nein. Ich bin etwa ein Jahr, nachdem die Brache geöffnet wurde, hier aufgetaucht, weil ich ein Gärtchen wollte. Aber ich habe schnell das Potenzial gesehen, das sich hier bietet: die Möglichkeit, kreativ mit der Natur zu arbeiten und zwar in einem sozialen Kontext. Ich fing schon bald an, die Aufgabe des Brachenwerts zu erfüllen, obwohl ich noch nicht dafür bezahlt wurde und daneben noch einen Job hatte. Seit zwei Jahren bin ich jetzt offiziell angestellt vom Verein. Inzwischen sind hier schon alle möglichen Projekte entstanden und die Brache kommt langsam von der Aufbauphase in die Betriebsphase. Dieses Jahr bekomme ich sogar Hilfe vom Zivildienst.

Aber die Politik reisst sich noch immer um dieses Areal

Die Trägheit der Politik ist für uns natürlich von Vorteil. Je länger die Entscheide hinausgezögert werden, desto länger können wir bleiben. Der Verein als Körperschaft hält sich allerdings bewusst aus dieser Diskussion heraus. Wir wollen uns nicht von der Politik instrumentalisieren lassen oder gar als politische Organisation in der Öffentlichkeit auftreten. Wir halten es für das Beste, möglichst wenig Aufmerksamkeit auf uns zu lenken, um nicht zu provozieren. Natürlich machen wir trotzdem ein gewisses Mass an politischer Arbeit, indem wir zeigen, was an so einem Ort alles möglich werden kann. Das zu erleben kann mehr bringen als alle Argumente.

Wie siehst du dem Ende der Brache entgegen?

Ich bin zwar immer von einer Zwischennutzung ausgegangen. Aber ich pflanze trotzdem ständig Bäume. Ich überlege mir nicht, ob sich das lohnt. Was zählt, ist die Erfahrung im Moment. Ausserdem machen wir hier schon eine Art von politischer Öffentlichkeitsarbeit. Ich habe von Anfang an beschlossen, dass wir es so machen, dass der Schmerz möglichst gross ist, wenn der Bagger kommt. Dann haben wir gute Arbeit geleistet. Und die Leute, die am Ende für die Brache eintreten und die sie vermissen werden, sind nicht nur die üblichen jugendlichen Rebellen, sondern eine sehr heterogene Gruppe, die aus Kindern, Senioren, Behinderten und Leuten aus allen gesellschaftlichen Schichten besteht.

Corin Schäfli

Geschichte der Hardturm-Brache

2010: Unter der Auflage, dass 2035 ein Stadion gebaut wird, kauft die Stadt der CS das Hardturm-Areal für 50 Mio Franken ab.

2011: Die städtische Liegenschaftsverwaltung überlässt dem «Verein Stadion Brache» das Gelände zur Gebrauchsleihe.

2013: Die Vorlage für den Neubau des Stadions wird an der Urne abgelehnt. Mit dem Nein zum Stadion entfällt automatisch auch der Bau einer gemeinnützigen Wohnsiedlung, die am gleichen Tag beim Volk eine Mehrheit findet.

2014: Der Stadtrat plant einen neuen Ideenwettbewerb mit privaten Investoren. Mit dem Novemberbrief zum Budget 2015 beantragt er dafür einen Kredit von 1 Mio Franken, der vom Gemeinderat bewilligt wird.

Die Zukunft: Entsteht ein Stadion, wird für die ganze Stadt wertvoller Lebensraum verdrängt. Entsteht keines, fällt das Land – falls die Stadt der CS keine Aufzahlung leistet – an die CS zurück, die es vermutlich mit Luxuswohnungen und Bürogebäuden bebauen wird. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass die Stadionbrache noch mindestens weitere 3-5 Jahre als Freiraum fortbestehen kann.

Wir wollen bezahlbare Kinderbetreuung für alle!

„Für bezahlbare Kinderkrippen“ lautete eine der Kernforderungen der AL bei den Kantonsratswahlen. Das ist mehr als ein Wahlslogan.

Die AL hat im Mai 2014 die kantonale Initiative „Bezahlbare Kinderbetreuung für alle“ eingereicht. Sie schlägt ein guteidgenössisches Dreisäulenmodell zur Finanzierung vor: Neben den Familien und den Gemeinden sollen neu auch die Betriebe in die Pflicht genommen werden und ihren Beitrag leisten. Der Regierungsrat lehnt die Initiative rundweg ab; sie wird zurzeit von der kantonsrätlichen Kommission Bildung und Kultur beraten.

kleine Zusatzabgabe von 2 bis maximal 5 Promille auf die AHV-pflichtige Lohnsumme erhoben. Wir rechnen damit, dass beim Start jährlich rund 120 Millionen Franken in den Fonds fliessen, die zusätzlich zu den heute von den Gemeinden getragenen 274 Millionen für die Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. Damit würden die Gemeinden rund 70 und die Betriebe 30 Prozent beitragen.

Starthilfebeiträge, Ausbildungszuschüsse und einkommensabhängige Elternbeiträge

Die Mittel aus dem Betreuungsfonds sollen für drei Ziele eingesetzt werden:

- Anschubfinanzierung für den Ausbau der Betreuungsangebote;
- gezielte Verbilligung von Kita- und Hortangeboten;
- Zuschüsse an Krippen und Horte für die Ausbildung von Fachpersonen statt der Beschäftigung von billigen PraktikantInnen ohne Ausbildung.

Kinderbetreuung auch in finanzschwachen Gemeinden

Der Betreuungsfonds sorgt dafür, dass die Kinderbetreuung nicht nur in Zürich und Winterthur ausgebaut wird, sondern auch finanzschwache Gemeinden den Gesetzesauftrag erfüllen können. Das verbessert die Standortqualität der Gemeinden für Familien und die Chancen für den Wiedereinstieg von Müttern ins Erwerbsleben. Auch in den Agglomerations- und Landgemeinden sollen die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern entsprechen und bezahlbar bleiben. Die Realität zeigt, dass subventionierte Plätze in den Städten Mangelware sind, in vielen Gemeinden gar nicht existieren oder die Zuschüsse so tief sind, dass sich eine Berufstätigkeit für viele Frauen nicht lohnt. Die Initiative will erreichen, dass zumindest die finanzielle Hürde bei der Frage, ob die Kinder ausser Haus betreut werden sollen, kein Hinderungsgrund mehr ist, so dass in Zukunft Frauen unbeschwert wieder ins Erwerbsleben einsteigen können.

Anrechnung von eigenen Bemühungen

Analog zur Regelung beim Berufsbildungsfonds sollen Betriebe, die heute schon eigene Krippen betreiben oder

Krippenplätze für ihre Angestellten mitfinanzieren, ihre Aufwendungen von den Beiträgen an den Betreuungsfonds abziehen können. Damit soll eine Doppelbelastung vermieden und Betriebe ermuntert werden, eigene Angebote zu schaffen. Heute positionieren sich vor allem internationale Firmen und Blue-Chip-Unternehmen mit solchen Angeboten als attraktive Arbeitgeber. Dank den bescheidenen Beiträgen an den Betreuungsfonds erhalten kleinere Betriebe, die den administrativen Aufwand für den Einkauf von Betreuungsplätzen nicht tragen können, bei der Kinderbetreuung gleich lange Spiesse wie Google oder ABB.

Regierungsrat stellt sich taub

Mehr als gschämig ist die Haltung der Zürcher Regierung. In einer geradezu anorektischen Weisung empfiehlt sie auf anderthalb Seiten (!) die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Jetzt ist die kantonsrätliche Kommission für Bildung und Kultur am Zug. Zu hoffen ist, dass die Zuwahl von Jacqueline Fehr, einer engagierten Befürworterin der Initiative, im Regierungsrat zum dringend nötigen Umdenken beiträgt.

Niklaus Scherr

Kampagne vorbereiten

Die AL-Initiative „Bezahlbare Kinderbetreuung für alle“ liegt im Moment zur Vorberatung in der Kommission Bildung und Kultur. Die Regierung sagt Nein ohne Wenn und Aber, ob es in der Kommission zu einem Gegenvorschlag kommt, ist offen. Theoretisch könnte die Initiative bereits im November 2015 zur Abstimmung kommen, realistisch ist jedoch ein Abstimmungstermin im Frühjahr/Sommer 2016. Um eine wirkungsvolle Lobby- und Kampagnenarbeit führen zu können, müssen wir uns möglichst frühzeitig vorbereiten (Erarbeitung einer Dokumentation/Argumentation, Kampagnen-Konzept, Gründung eines überparteilichen Komitees etc.). Wer sich für die Mitarbeit in der AL-Kampagnengruppe interessiert, bitte bei sekretariat@al-zh.ch oder n.scherr@gmx.ch melden.



Mit diesem Logo hat die AL bis Mai 2014 über 7000 gültige Unterschriften gesammelt

Drei-Säulen-Modell zur Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung

Schon heute sorgen die Familienausgleichskassen mit den Kinderzulagen dafür, dass Eltern für den Mehraufwand für ihre Kinder einen Zuschuss erhalten. Zur Finanzierung erhebt die Familienausgleichskasse des Kantons Zürich bei Arbeitgebern und Selbstständigerwerbenden einen Beitrag von 1.2 Prozent auf die AHV-pflichtige Lohnsumme.

Neu soll ein Betreuungsfonds dazukommen. Um ihn zu alimentieren, würde von den Familienausgleichskassen eine

Die Wahlergebnisse in einer Übersicht

Wir gratulieren den 5 Gewählten und bedanken uns bei allen 170 Kandidierenden, die den Erfolg der eigenen Fraktion ermöglicht haben. Wir freuen uns, dass neben vier Sitzen aus der Stadt Zürich nun auch die Stadt Winterthur mit einem Sitz im Kantonsrat vertreten ist. Auch der Zuwachs an Wähleranteilen ausserhalb der Stadt hat zum AL-Erfolg beigetragen. Nachfolgend die Ergebnisse im Vergleich zu 2011.

Wahlkreis	2015	Zuwachs
Kreis 1/2	5.61%	+ 3.28%
Kreis 3/9	8.4%	+ 3.65%
Kreis 4/5	17.77%	+ 5.93%
Kreis 6/10	9.13%	+ 4.89%
Kreis 7/8	4.81%	+ 2.37%
Kreis 11/12	4.32%	+ 2.24%
Dietikon	1.25%	+ 0.06%
Affoltern	1.02	+ 0.59%
Horgen	1.26%	+ 0.78%
Meilen	1.15%	+ 0.73%
Hinwil	1.31%	+ 0.71%
Uster	1.16%	+ 0.39%
Pfäffikon	0.83%	+ 0.45%
W'thur Stadt	3.80%	+ 1.15%
W'thur Land	0.84%	+ 0.50%
Andelfingen	0.90%	+ 0.45%
Bülach	0.89%	+ 0.19%
Diesldorf	0.54%	+ 0.19%

Die Tabelle zeigt, dass die AL ihren Anteil in allen Wahlkreisen steigern konnte. In den meisten Landbezirken haben wir unseren Stimmenanteil verdoppelt (Affoltern, Horgen, Meilen, Hinwil, Pfäffikon, Winterthur Land, Andelfingen). In Dietikon und Bülach, wo die AL bereits auf relativ hohem Niveau gestartet ist, fiel der Wählerzuwachs trotz aktivem Wahlkampf eher bescheiden aus.

Ergebnisse der Spitzen

Name Vorname	Stimmen
Stofer Judith (6/10)	2295
Bütikofer Kaspar (3/9)	2236
Bischoff Markus (4/5)	1797
Sahli Manuel (W'thur)	1259
Huonker Laura (11/12)	913
Schäfli Corin (7/8)	832
Eisele Maria (Bülach)	700
Mächler Markus (Hinwil)	638
Bolle Patrick (1/2)	634
Funkhouser Evelyn (Uster)	575
Rinderknecht Beatrice (Meilen)	550
Stähelin Christian (Horgen)	528
Joss Ernst (Dietikon)	405
Christen Markus (Pfäffikon)	275
Garcia David (Diesldorf)	192
Regula Bachofner (W'thur Land)	138
Frick Richard (Affoltern)	136
Nina Schneider (Andelfingen)	90

AL-Wahlkampf mit Pfupf auch im Bezirk Horgen

Zum ersten Mal trat die AL Bezirk Horgen mit einer vollen Liste bei den Kantonsratswahlen an. Zwar mussten wir noch vier externe Kandidaten aus der Stadt Zürich «ausleihen». Dass wir erstmals einen eigentlichen Wahlkampf im Bezirk führen konnten, gab uns berechtigte Hoffnung auf eine deutliche Steigerung des AL-Wähleranteils.

AL Bezirk Horgen war in Horgen, Langnau und Thalwil über ihre Ortsparteien am flächendeckenden Allparteien-Wahlversand beteiligt. So gelangten über 20 000 Flyer direkt in alle Haushaltungen. Weitere 10 000 Flyer wurden in andern Gemeinden verteilt, wo noch keine Ortsparteien existieren. In Langnau prägten zwölf AL-Plakate das Ortsbild mit, in Horgen deren vier.

Drei AL-Wahlveranstaltungen

Am 26. Februar fand im Sedartis in Thalwil ein überparteiliches Podium mit RegierungsratskandidatInnen von AL, BDP, EVP, GP und SP statt. Die Lokalpresse berichtete gross und mit Bild über die Veranstaltung.

Am 6. März fand im Haus Brugg in Adliswil ein spannendes Politgespräch zum Thema «Grundrechte unter Druck» mit Regierungsratskandidat Markus Bischoff, dem Zürcher Stadtrat Richard Wolff und dem bekannten Anwalt Bruno Steiner statt. Auch diese Veranstaltung erfuhr breite Publizität.



Judith Stofer, Markus Bischoff, Richard Wolff und Bruno Steiner beim Politgespräch zum Thema «Grundrechte unter Druck».



Am 15. März organisierten wir im Hotel Meierhof in Horgen eine Sonntag-Matinee mit Markus Bischoff, an der wir den bekannten Film «Meier 19» von Erich Schmid zeigten. Erich Schmid war persönlich zugegen und kommentierte Idee und Entstehung des Films.

Das Fazit: diese erste Wahlkampf mit voller Liste im Bezirk Horgen wurde wie erwartet zwar nicht mit einem eigenen Sitz im Kantonsrat belohnt. Hingegen konnten wir den Wähleranteil von 0,47%

auf 1.26% mehr als verdoppeln. Spitzenwerte erreichten wir in Thalwil (1.95%) und Langnau (1.46%). Spitzenkandidat Christian G. Stähelin erzielte mit 528 Stimmen einen persönlichen Achtungserfolg. Es geht nun darum, dass die AL Bezirk Horgen in den drei grossen Gemeinden Adliswil, Wädenswil und Richterswil möglichst rasch und wenn möglich vor den Nationalratswahlen ebenfalls Ortsparteien aufbauen kann, um die Präsenz im Bezirk weiter zu steigern.

Christian Besmer

Was tut die andere Hand?



Das Ende des Amtsjahres ist jeweils geprägt von der Arbeit der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Die GPK prüft das Jahr durch die Tätigkeit von Regierung und

Verwaltung und steht normalerweise nicht im Rampenlicht der Ratsdebatten. Aber die Kontrolle der staatlichen Tätigkeit ist eine Kernaufgabe eines Parlamentes. Die Alternative Liste AL ist mit Judith Stofer in der GPK vertreten. Anlässlich der Ratsdebatten zu den Berichten der GPK bemängelte sie das konzeptlose Beschaffungswesen. Der Kanton hat ein Einkaufsvolumen für Anschaffungen von 700 bis 800 Millionen Franken, aber er verfüge weder über ein genügendes Beschaffungsmanagement, noch über ein Beschaffungscontrolling oder eine verwaltungsübergreifende verbindliche Beschaffungspolitik. Judith Stofer kritisierte, dass der Kanton hier mit angezogener Handbremse unterwegs sei. Direktionsübergreifende Zusammenarbeit sei und bleibe ein Fremdwort. Die rechte

Hand wisse nicht, was die Linke tue. Deshalb fordert die GPK in einem Postulat die Optimierung des Beschaffungswesens durch die Schaffung einer zentralen Stelle, die sämtliche Ausschreibungsverfahren abwickelt, sowie die Implementierung eines einheitlichen Beschaffungscontrollings.

Als weiteres Beispiel für die inexistente oder schlechte direktionsübergreifende Zusammenarbeit bemängelte Judith Stofer das sogenannte Modell Kantonales IT-Team (KITT). Es setzt sich aus je einer Vertretung aller Direktionen und der Staatskanzlei zusammen und hat seine Arbeit Anfang 2004 aufgenommen. Seit 2004 dümple das KITT-Böötschen ziel- und steuerungslos vor sich hin, kritisierte die AL-Vertreterin in der GPK. Die grosse Autonomie der Direktionen erschwere eine rasche und konsistente Umsetzung von direktionsübergreifenden Standards und Massnahmen im IT-Bereich. Judith Stofer ist überzeugt, dass die Zentralisierung von IT-Betriebsprozessen grosse Einsparmöglichkeiten zur Folge haben würde. Ernüchtert musste sie jedoch feststellen, es seien keine Schritte zu einer Verbesserung ersichtlich.

Kaspar Bütikofer

SVP-Vorstoss abgeschmettert



Am 15. April behandelte der Gemeinderat zwei SVP-Postulate, die verlangen, dass die Kosten der Polizeieinsätze für die Aufhebung der Strassenblockade an der Hohlstrasse

und für die Räumung des besetzten Areals auf die Labitzke-Besetzer überwältigt werden. Ein halbes Jahr nach der Abstimmung über die Zentrale Ausnüchterungsstelle versuchten die bürgerlichen Parteien erneut, die Polizeiarbeit auf den «Verursacher» abzuwälzen. Sie verkennen das Grundprinzip der Polizeiarbeit. Es liegt in der Natur der Sache, dass jeder, der geringfügig oder massiv gegen die geltende Rechtsordnung verstösst – ob Hausbesetzer, Bankräuber, Geiselnnehmer, Wirtschaftskrimineller etc. –, einen polizeilichen Aufwand generiert. Aber da die Polizei zum Kerngehalt des Staats gehört, gilt ihre Arbeit als staatlicher Grundbedarf, als service public, der über die Steuern und nicht als eine Dienstleistung über benutzer- oder verursacherbezogene Kostenbeteiligung

gen finanziert wird. Sobald die Polizei anfängt, punktuell Kosten zu überwälzen, teilt sie damit faktisch Bussen oder Strafen aus und wird de facto zum Richter – eine Aufgabe, für die die Justiz zuständig ist und zuständig bleiben soll. Hier im konkreten Fall, kann es ja nicht sein, dass ausgerechnet Menschen, die gewaltfrei Widerstand leisten, mit einer höheren Kostennote belastet werden als Personen, die z.B. durch Gewalttaten ins Gefängnis kommen. Und nach welchen Kriterien soll überhaupt bestimmt werden, in welchen Fällen eine Kostenverrechnung erfolgt und in welchen Fällen nicht? Soll etwa der elektronische Stammtisch darüber bestimmen?

Der ablehnende Standpunkt der AL setzte sich im Gemeinderat klar durch. Die SVP-Vorstösse wurden mit 71 zu 49 resp. 75 zu 47 Stimmen abgelehnt. Nur FDP und CVP, unterstützt von je einem Abweichler bei GLP und SP, schlossen sich der Scharfmacher-Position der SVP an. Dennoch müssen wir auch in Zukunft gegen die Weiterverrechnung von Polizeikosten kämpfen. Das Verursacherprinzip darf nicht seinen Durchbruch feiern.

Christina Schiller

AL-InhALte mit Biss:

13. Februar: Die AL bedauert in einer **Medienmitteilung** den Entscheid des Regierungsrates, die Initiative für bezahlbare Kinderbetreuung zur Ablehnung zu empfehlen.

20. Februar: AL-Medienkonferenz zu den Kantonsratswahlen.

27. Februar: Die AL hat erfolgreich **Listen** in allen Bezirken **eingereicht** und liegt mit einem Frauenanteil von 44% auf Platz 2.

28. Februar: Start wemakeit-**Crowdfunding-Kampagne**.

1. März: AL-Solibrunch in Winterthur.

2. März: Die **AL-Fraktion** kritisiert in einer **Erklärung** den unverhältnismässigen Polizei-Einsatz am Fussballderby und stellt kritische Fragen.

6. März: AL-Veranstaltung in Horgen zum Thema «Grundrechte unter Druck».

7. März: AL-Benefizessen in Zürich.

13. März: AL-Veranstaltung «Welche Polizei hätten'S denn gern» in der Roten Fabrik.

17. März: Die AL legt ihre **Wahlfinanzen** offen und kommt so ihrer eigenen Forderung

nach Transparenz der Parteienfinanzierung nach.

21. März: AL-Stadtrundgang im Leutschenbach.

25. März: In einer **Medienmitteilung**

kritisiert die AL die geplante Gebührensenkung für Hauseigentümer und plant, das Referendum zu ergreifen.

26. März: Erfolgreiche Crowdfunding-Kampagne: die AL hat über 20 000 Franken Unterstützungsbeiträge eingenommen. Herzlichen Dank an alle!

28. März: Die **AL zeigt den Film** «Die Übernahme» im Xenix.

30. März: AL-Verantaltung Swissleaks, Wikileaks - Schweizer Banken und ihre Whistleblower im Kanzlei.

7. April: Die Gemeinderätinnen Rosa Maino, Andrea Leitner und Kan-

tonsrätin Judith Stofer setzen sich für den **Viertelstundentakt** am Bahnhof Wipkingen ein.

12. April: Die **AL gewinnt** bei den Kantonsratswahlen zwei zusätzliche Sitze und erreicht ihr Ziel einer eigenen Fraktion.



Verpasst?!



Diese Kolumne handelt von den „windows of opportunity“ in der Politik und was passiert, wenn man sie verpasst. Letzten November haben wir

über die schweizweite Abschaffung der Pauschalsteuer abgestimmt. Und deutlich verloren – obwohl wir eigentlich gute Karten hatten. Besonders deutlich ausgerechnet in angestammten SP-Hochburgen wie Basel-Stadt, Neuenburg, Waadt und Genf, wo die grossen SP-Tenöre vor dem gewaltigen Shitstorm von rechts kleinlaut in Deckung gingen. SPS, Grüne und SGB waren an diesem Abstimmungswochenende wie das Kaninchen vor der Schlange auf ecopop fixiert und demonstrierten damit einmal mehr die notorische Unfähigkeit der Schweizer Linken, statt dem – sicher nötigen – x-ten Abwehrkampf auch vielversprechende Offensivkämpfe zu führen. Gegen ecopop waren über eine halbe Million, für die Pauschalsteuer-Abschaffung ein paar Brosamen vorhanden. Das rächt sich. Nach dem unnötig deutlichen Nein zur Abschaffung der Pauschalsteuer starten unsere Gegner für die nächsten steuerpolitischen Rendez-vous mit zusätzlichem Rückenwind. Im Moment hat man den Eindruck, als habe die SP bei der anstehenden Abstimmung über eine eidgenössische Erbschaftssteuer bereits forfait gegeben. Als seien Energien und Ressourcen jetzt einzig auf die Wahrung des parlamentarischen Besitzstands im kommenden Oktober fokussiert.

Nach dem 14. Juni steht uns bereits die nächste, noch gewichtigere Steuerdebatte bevor: die Unternehmenssteuerreform III mit ihren massiven Steuergeschenken an Firmen und Milliarden-Ausfällen in den öffentlichen Kassen. Spätestens dann muss die gesamte Linke das Zuschauerbänkli verlassen und sich mit offensiven Alternativvorschlägen einmischen. Hier steht die Rechte unter Druck von OECD und EU und wir Linke haben die Chance, Gegenleistungen einzufordern. Als Radikal-Realo predige ich kein politisches art-pour-l'art. Doch wer gewinnbare Kämpfe nicht führt, riskiert, auch die andern haushoch zu verlieren. Und Wahlen werden primär mit klarem sachpolitischem Profil gewonnen, nicht mit dem Rechenschieber.

Niklaus Scherr

PID Ja oder Nein?

Am 14. Juni stimmen wir über die Änderung von Artikel 119 der Bundesverfassung über die Präimplantationsdiagnostik (PID) ab. Schon heute können einer Frau zur Zeit des Eisprungs reife Eier durch die Bauchdecke aus den Eierstöcken entnommen, in einem Reagenzglas (in vitro) mit frischen Spermien befruchtet (inseminiert) und vaginal in die Gebärmutter eingebracht werden. Neu sollen diese befruchteten Eier, respektive nach ein paar in-vitro-Zellteilungen Embryonen genannt, vor der Einbringung in die Gebärmutter auf zwei Dinge untersucht werden dürfen: Ist eine bestimmte, bei den Eltern und/oder Blutsverwandten vorkommende schwere Erbkrankheit oder eine Fehlbildung der Chromosomen wie zum Beispiel eine Trisomie vorhanden? Für diese Selektion dürfen maximal 12 Embryonen maximal fünf Jahre aufbewahrt werden. Die Kosten werden von der Krankenkasse nicht übernommen.

Bei der Vorlage geht es darum, Schwangerschaften mit erhöhtem Risiko einer schweren Behinderung zu erkennen und zu verhindern. Für Betroffene wie auch für ihre Familienangehörigen bringen invalidisierende Behinderungen meist mehr Belastungen als Bereicherungen. Mit der Präimplantationsdiagnostik wird die Häufigkeit solch schwerer Behinderungen höchstens etwas reduziert. Verhindert werden sie nicht, da sie oft auch spontan auftreten.

Chromosomenstörungen werden bei älteren Frauen von Jahr zu Jahr häufiger, nicht nur Trisomie 21 (Down-Syndrom), sondern auch Trisomien der anderen 22 Chromosomen. Fast alle Chromosomenstörungen verunmöglichen eine Schwangerschaftsentwicklung länger als zwei Wochen nach Befruchtung, also bis zur Menstruation respektive dem Frühabort. Bei In-vitro-Fertilisationen sind deshalb mehr Implantationsversuche nötig, was für die betroffenen Paare psychisch sehr belastend ist. Zudem können mit PID Chromosomenstörungen erkannt werden, welche die ersten zwölf Schwangerschaftswochen überleben, dann erst diagnostiziert werden und möglicherweise zu einem Abbruch einer erwünschten Schwangerschaft führen würden. Auch Menschen mit schweren Erbkrankheiten in der Familie haben ein Recht auf Kinder ohne diese Behinderung. Der Entscheid für eine Schwangerschaft wird durch die Präimplantationsdiagnostik eindeutig erleichtert, da somit der psychisch extrem belastende Abbruch einer erwünschten Schwangerschaft verhindert werden kann. Dank der PID wird es auch diesen Paaren erleichtert, Nachwuchs zu haben.

Die Ausführungsgesetzgebung müssen wir sorgfältig im Auge behalten. Insbesondere sollen nur schwere Erbkrankheiten gesucht werden, die in den Elternfamilien vorkommen. Ich sage Ja, obwohl die Vorlage unsozial ist. Wenn die Gesellschaft diesen Menschen das Recht auf gesunden Nachwuchs zubilligt, soll sie auch für die Kosten solidarisch aufkommen, die Kasse soll das bezahlen.

David Winizki

Wollen wir wirklich die Büchse der Pandora öffnen? Ich finde, hier überschreitet die technische Machbarkeit die Grenze für das ethisch Vertretbare. Die Verfassung garantiert uns heute den Schutz vor Missbräuchen in der Gentechnik und der Fortpflanzungsmedizin. Mit der geplanten Änderung dürfen so viele Embryonen erzeugt werden wie medizinisch notwendig sind. Was nicht der «Norm» entspricht, wird vernichtet. Diese Norm definiert auch, welches Leben lebenswert ist. Eine Behinderung gälte fortan als unerwünscht und vor allem als vermeidbar: jeder, der sich keiner PID unterzogen hat – respektive sich diese nicht leisten konnte – müsste sich rechtfertigen, wohl auch dafür, dass durch diesen «egoistischen» Entscheid Gesellschaft und Sozialversicherungen mit unnötigen Kosten und Abnormalität belastet werden.

Die geplante Selektionsmöglichkeit ist bloss ein erster Schritt hin zu Designerbabys. Wer sagt denn, dass in Zukunft nicht auch andere Merkmale ausselektiert werden sollen? Kommt hinzu, dass die Krankenkassen diese Behandlung nicht zahlen würden; das bedeutet, dass es nicht nur um Selektion, sondern auch um ein Privileg der gut Betuchten geht. Vom Ei bis zur Ausbildung profitieren die Bessergestellten von Vorteilen; nicht auszudenken, was für einer Gesellschaft wir damit entgegenblicken.

Zudem ist die Verfassungsänderung blosses Symptombekämpfung mit weitreichenden gesellschaftlichen Implikationen. Gibt es ein Menschenrecht auf ein – wohlgemerkt gesundes! – Kind? Und wollen wir wirklich das Konzept Familie erst mit 40 Jahren angehen oder wäre es nicht sinnvoller, bessere Rahmenbedingungen in der Ausbildungs- und Arbeitswelt zu schaffen, damit junge Erwachsene von Beginn an Ausbildung, Beruf und Familie vereinen können? Technische Machbarkeit hin oder her: Die biologische Uhr terminiert den Kinderwunsch, dies sollten wir respektieren, statt einer Elite den Foifer und s' Weggli zu ermöglichen.

Dayana Mordasini